

# UNS HAMBURG

SEIT 2015 DEM WOHLFART HAMBURGS VERPFLICHTET

Volles Rathaus  
garantiert  
**Fraktion  
im Dialog**

Seite 2



G20-  
Gewaltexzesse  
**Linke  
Gewalt**

Seite 4



Ratloser  
Schulsenator  
**Mathe-  
Problem**

Seite 6



Liebe  
Hamburgerinnen  
und Hamburger!



*Hier ist die zweite Ausgabe der AfD-Fraktionszeitung UNS HAMBURG. Nach der linksextremistischen Gewaltexplosion beim G20-Gipfel hat jetzt auch der islamische Terror Hamburg erreicht: Staat und Medien verkaufen dies als „Normalzustand“ und verharmlosen die Entwicklung – wie sie das ja oft auch bei sonstiger Kriminalitätsentwicklung tun.*

*Beim Bürger macht sich jedoch das Gefühl breit, dass wir uns im permanenten Ausnahmezustand bewegen und der Staat immer mehr Kontrolle verliert, auch - und gerade bei der tausendfach unkontrollierten Einwanderung.*

*Gut, dass die AfD-Fraktion genau hinsieht und den Finger in die Wunden legt. Denn auch die Hamburger Altparteien in der Opposition (CDU, Linke, FDP) sind ein Teil der Probleme.*

*Es gilt, die Lage zu erkennen. Und es gilt, die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit Hamburg lebens- und liebenswert bleibt. Die AfD-Fraktion versucht, Antworten zu geben, wo andere es nicht tun.*

Ihr  
*Bernd Baumann*

**Dr. Bernd Baumann**  
Fraktionsvorsitzender

## Hamburg geht nicht mit links!



Linksextremisten und Gewalttäter zwangen den Staat zum G20-Gipfel in die Knie. In einigen Stadtteilen brach die staatliche Ordnung zusammen. Über 23.000 Polizisten konnten die Sicherheit nicht gewährleisten.

Es herrschte Ausnahmezustand und offener Straßenterror, die Polizei musste sogar mit Antiterrorereinheiten gegen die Linksextremisten und Gewalttäter vorgehen. Familien kauerten angstvoll hinter Vorhängen und mussten mit ansehen, wie ihre Autos lichterloh brannten und sich die Stadt in schwarze Rauchsäulen hüllte. Die AfD-Fraktion warnte immer vor den Gefahren des Linksextremismus und wurde als Panikmacher denunziert: SPD, Grüne und auch die CDU in der Landesregierung paktierten mit den linken Verfassungsfeinden. Sie erkaufte vermeintlich Frieden, indem sie illegale Hausbesetzer zu legalen Hausbesitzern machten. Kos-

tenfrei stellte man denen, die auf den „Staat schießen“ und die „Bullen hassen“ große Immobilien - wie die Rote Flora - zur Verfügung.

Die feige Beschwichtigungspolitik von SPD, Grünen und CDU ist gescheitert. Die linksextremen Gewaltexzesse sind das Resultat einer verfehlten Politik der Altparteien. Innere Sicherheit und SPD, Grüne und CDU passen nicht (mehr) zusammen. Wer Sicherheit in Hamburg haben will, darf den Altparteien nicht mehr trauen.

Die AfD-Fraktion fordert einen grundlegenden Politikwechsel: Alle linksextremen Zentren dürfen weder finanziert noch toleriert werden. Der Staat muss mit allen rechtlichen Möglichkeiten jene Räume zurückerobern, die er in den letzten Jahrzehnten an die Verfassungsfeinde bereitwillig abgab. Geschieht das nicht, sind die nächsten Gewaltexzesse vorprogrammiert.



*Kleine Fraktion, großer Andrang: Fast 500 Gäste kamen zum Vortrag des früheren tschechischen Präsidenten Václav Klaus*

## AfD-„Fraktion im Dialog“ – Erfolgreiche Veranstaltungsreihe im Rathaus

**Wolf: „Über die Grenzen Hamburgs bei Freunden wie Gegnern bekannt“**

„Fraktion im Dialog“ heißt die Veranstaltungsreihe der AfD. In der Regel einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Informationen gibt es aus erster Hand.

Regelmäßig füllen sich die Räume, beispielsweise der Große Festsaal, mit 720 Quadratmetern und 540 Sitzplätzen der größte Saal im Rathaus, mit Anhängern, aber selbstverständlich auch mit Kritikern, denn bei der

AfD-Fraktion kommt jeder zu Wort.

Der frühere tschechische Präsident Václav Klaus war ebenso zu Gast wie der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein. Ebenso folgten der Hamburger Verfassungsschutzchef Torsten Voß und der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill der Einladung der AfD-Fraktion. Aber auch bekannte AfD-Politiker wie Dr. Alexander Gauland, Dr. Alice Weidel und Prof. Dr. Jörg

Meuthen traten in diesem Rahmen auf.

Dr. Alexander Wolf: „Fraktion im Dialog ist über Hamburgs Grenzen bei Freunden wie Gegnern bekannt. Wir sind sehr froh darüber, dass die AfD-Fraktion die Rathaussäle nutzen kann. Denn außerhalb des Rathauses wird es immer schwieriger, Räumlichkeiten zu bekommen, da Vermieter oft von der Antifa massiv bedroht und auch angegriffen werden.“



*Zu Gast bei Freunden: Ex-Präsident Václav Klaus mit Fraktionschef Baumann*

### Termine

**AfD-„Fraktion im Dialog“  
im Hamburger Rathaus:**

Montag, den 16. Oktober 2017  
Montag, den 13. November 2017  
Montag, den 11. Dezember 2017  
Montag, den 22. Januar 2018  
Montag, den 19. Februar 2018

Anmelden unter:

[afd-veranstaltungen@afd-fraktion.de](mailto:afd-veranstaltungen@afd-fraktion.de)  
040 / 428 31 2518

# Baumann: „Die Masseneinwanderung ist ein Jahrhundertfehler mit schlimmen Folgen!“

Interview mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernd Baumann

*Was sind die Grundprobleme der deutschen Flüchtlingspolitik?*

**Baumann:** Über 1,5 Millionen Migranten strömen seit 2014 nach Deutschland – meistens aus dem Orient und Afrika. Merkels totale Grenzöffnung verstärkte den Kernfehler der deutschen Flüchtlingspolitik: Jeder kann bei uns - ohne Pass - illegal einreisen. Umkehrt kann praktisch niemand ohne solchen Pass zurückgeführt bzw. abgeschoben werden, auch wenn sein Antrag auf Flüchtlingsschutz abgelehnt ist. Prinzip: Rein immer, raus nimmer! Im Moment strömen jeden Monat 13.000 neue Migranten ins Land - zwei Drittel ‚ohne Pass‘. Kein Rechtsstaat duldet so etwas: Das deutsche Asylsystem ist ausgetrickst, sobald jemand seinen Pass ‚verliert‘ und bei Neubeschaffung nicht kooperiert. Zugleich verschaffen sich viele im deutschen Chaos ‚Mehrfach-Identitäten‘. Der Berliner Attentäter und zwölffache Mörder Anis Amri, beispielsweise meldete sich einfach vierzehnmal unter verschiedenen Namen in Deutschland an. Der Paris-Attentäter, der eine Polizeistation überfiel, hatte in Deutschland gleich 20 verschiedene Identitäten – unter jeder lassen sich auch die vollen Geldleistungen abgreifen.

*Soll man den Menschen denn nicht helfen?*

**Baumann:** Doch, natürlich. Unsere Kritik an der Merkelschen Einwanderungspolitik wendet sich gegen die falsche Politik – nicht gegen die Einwanderer. Schlimm ist: Diese Masseneinwanderung hat den wirklich Hilflosen dort unten nicht geholfen. Die sitzen dort noch immer schutzlos. Zu uns kommen jene, die fünf-, acht- oder zehntausend Dollar an die Schleppermafia zahlen können.

*Was hätte man tun sollen?*

**Baumann:** Hamburg hat nach Senatsberechnungen Ende dieses Jahres rund 60.000 ‚Flüchtlinge‘. Allein Hamburg gab, direkt oder indirekt, für Flüchtlingsunterbringung - nur im Jahr 2016 - rund eine Milliarde Euro aus, bei einem sonstigen Gesamtetat der Stadt von rund 13 Milliarden! Was hätte man mit dieser Milliarde für Hamburg alles tun können? Oder an echter Hilfe leisten in den Bürgerkriegsgebieten vor Ort? Mit einer Milliarde hätte man weit über 500.000 Menschen in den Herkunftsländern echte Hilfe bringen

können – in gut ausgestatteten Schutz- und Entwicklungszonen hätte das den wirklich Hilflosen geholfen. Israel zeigt doch aller Welt, was man mit westlicher Technologie aus Wüsten machen kann.

*Was kommt jetzt auf uns zu?*

**Baumann:** Die eigentlichen Probleme beginnen erst: Ohne Integration in den Arbeitsmarkt kann gesellschaftliche Integration nicht gelingen. Die Merkel-CDU und Rot-Grün versprochen, Masseneinwanderung helfe, den Fachkräftemangel zu beseitigen. Das ist Unsinn! Wenn überhaupt, werden Flüchtlinge meist nur für Hilfsarbeiterjobs eingestellt. Der Hamburger Senat versucht in einem Vorzeigeprojekt namens „W.I.R.“ mit großem Aufwand, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Die Bilanz: Aus einer Gruppe von 1068 Geflüchteten sind bislang ganze 15 Personen sozialversicherungspflichtig als Fachkräfte beschäftigt – bloß ein Prozent.

Zehn der als Fachkräfte angestellten Personen werden so gering entlohnt, dass unser Sozialstaat sogenannte ‚Lohnaufstockende Leistungen‘ draufsatteln muss.

*Wie wirkt das auf unseren Sozialstaat?*

**Baumann:** Wenn Hunderttausende Flüchtlinge nicht in Arbeit kommen, ist das eine Katastrophe. Sie werden zu Dauer-Sozialfällen – oft über Generationen unter Zerfall ganzer Stadtteile, wie in den Banlieues von Paris und anderen Städten. Sollten sie jetzt in Arbeit kommen, dann fast nur in Helferjobs, von denen es in Deutschland und Hamburg bereits zu wenige gibt. 150.000 Hamburger arbeiten bereits im Niedriglohnssektor für Stundenlöhne unter 10 Euro, von denen man in Hamburg kaum leben und keine Rente über Sozialhilfeniveau aufbauen kann. Und 50.000 Hamburger sind schon so lange arbeitslos, dass sie Hartz IV beziehen. Von diesen haben bereits rund 60 Prozent einen Migrationshintergrund. Sie leben oft schon lange bei uns, sprechen Deutsch, waren in Schulen und Ausbildungen. Jetzt kommen 60.000 Flüchtlinge. Sie können teilweise nicht einmal richtig lesen und schreiben. Wie soll deren Integration in Arbeit gelingen, wenn dies bei vielen Migranten nicht gelang, die hier bei uns aufwuchsen?

*Was kann man ändern?*

**Baumann:** Wir brauchen eine sofortige Einreisebegrenzung an deutschen Grenzen (gemäß der geltenden Dublin-Verordnung) und eine Begrenzung des Familiennachzugs. Wir müssen die Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber durchsetzen, ebenso eine aktive Rückkehrpolitik, wo immer dies asylrechtlich möglich ist. Vor allem braucht Deutschland eine starke politische Kraft in den Parlamenten, die den Mut hat, das alles auch offen anzusprechen und politisch einzufordern. Identitätsverschleierung muss strikte Folgen haben für Asylverfahren und Aufenthalt. Ebenso die Kriminalität: Im vergangenen Jahr hatten bereits 43 Prozent aller in Hamburg

von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen eine ausländische Staatsbürgerschaft.



## Linksfraktion: Parlamentarischer Arm des Schwarzen Blocks

Über Jahrzehnte hinweg konnten Linksextremisten ihre Strukturen aufbauen. Und natürlich sind es Mitglieder der Linkspartei gewesen, die daran mitwirkten. Sie waren es auch, die als „Parlamentarische Beobachter“ – so stand es auf den eigens dafür hergestellten gelben Warnwesten – auf linksextremen Demonstrationen herumliefen und der Polizei den Weg versperren.

Die Bürgerschaftsabgeordnete Christiane Schneider war hier besonders eifrig. Bis 2010 war sie Geschäftsführerin des Hamburger Kleinverlages GNN, der die Briefe ehemaliger RAF-Gefangener abdruckte und dem Bund Westdeutscher Kommunisten nahe stand, so ein Wikipedia-Beitrag. Laut einem Artikel in der „Welt“ nahm der Verfassungsschutz Frau Schneider ins Visier.

Anfang Juni traf Schneider sich im Rathaus unter anderem mit Andreas Blechschmidt von der Roten Flora. Thema: „Versammlungsfreiheit in Gefahr – Ist die Demokratie noch im Gleichgewicht?“. Blechschmidt machte im Vorfeld des G20-Gipfels klar, worum es ihm geht: „Es geht uns um eine kämpferische Demo“. Und ihre Demo wurde sehr kämpferisch, der Schwarze Block hinterließ eine Spur der Verwüstung.

Einen Tag nach dem linksextremen Gewaltexzess sagte Schneider, dass viel aufzuarbeiten sei, nämlich „die schwere Beschädigung von Grundrechten im Zeichen der „Sicherheit“, von der Versammlungsfreiheit über die Pressefreiheit und die informationelle Selbstbestimmung, bis zum Recht auf anwaltliche Vertretung.“

Kein Wort zum Schwarzen Block und der organisierten, linksextremen Gewalt. Linke Wahrheiten sind falsche Wahrheiten ...



Linker Mob in der Hafensstraße



Linksextreme Kommandozentrale im Schanzenviertel: Die Rote Flora

## Linksextremisten zu Gast bei „Freunden“ in Hamburg

Linke Gewalt bestellt – Linke Gewalt geliefert

**Hamburg gilt neben Berlin und Leipzig als linksextreme Hochburg. Hamburgs Verfassungsschützer zählen 1100 Linksextremisten, davon gelten 650 Personen als gewaltorientiert.**

Beim G20-Gipfel Anfang Juli in Hamburg kam es zum Stelldichein: Linksextremisten aus dem In- und Ausland konnten auf gut ausgebaute Infrastrukturen zurückgreifen. Die Hamburger Linke bestellte bürgerkriegsähnliche Zustände. Und es wurde prompt geliefert.

„Ein Rechtsstaat verhandelt nicht mit Extremisten. Und mit Verfassungsfeinden werden auch keine Verträge abgeschlossen.“

DIRK NOCKEMANN

Die Altparteien waren über Jahrzehnte hinweg auf dem linken Auge blind. Die CDU, die sich jetzt in der Opposition als Vorkämpfer gegen den Linksextremismus aufspielt, unternahm in ihrer Regierungszeit nichts, um den blühenden Linksextremismus einzudämmen.

Der rot-grüne Senat duldet bis heute

linksextreme Strukturen und fördert sie sogar direkt und indirekt mit dem Geld der Steuerzahler.

Eine zentrale Rolle nimmt seit 1989 die sogenannte Rote Flora im Schanzenviertel ein. Seit 2014 ist der Eigentümer die Lawaetz-Stiftung, die zu 100 Prozent der Hansestadt und damit dem Bürger gehört. Trotzdem ist die Rote Flora ein rechtsfreier Raum. Die linksextremistischen Hausherren lassen nicht alle rein. Und sie machen dort, was sie wollen. Feindbilder sind u. a. der verhasste „Bullenstaat“, der sie gleichzeitig gewähren lässt.

Das Kernproblem: Der Staat machte die kriminellen Hausbesetzer der Roten Flora zu Hausbesitzern. Für den innenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann, ist die Verhätschelung linksextremer Verfassungsfeinde grundlegend falsch: „Ein Rechtsstaat verhandelt nicht mit Extremisten. Und mit Verfassungsfeinden werden auch keine Verträge abgeschlossen.“

Nockemann fordert die Schließung der Roten Flora: „Die linksextreme Kommandozentrale auf Kosten der Steuerzahler muss geschlossen werden. Aber es existieren auch noch weitere linksextreme Zentren und öffentlich geförderte Einrichtungen, die Linksextreme dulden. All das muss nun ein Ende haben: In Hamburg darf es keine rechtsfreien Räume für Linksextremisten geben!“

# Alexander Wolf: „J'accuse - Ich klage an ...!“

Redeauszug vom 12. Juli 2017 anlässlich der G20-Gewaltexzesse

„Diese Gewalttaten kommen nicht aus heiterem Himmel. Sie sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik des Wegschauens, der Duldung, der Verniedlichung und sogar der staatlichen Förderung des Linksextremismus. So wurde über Jahrzehnte in Hamburg ein linkes Milieu aufgepäpelt, in dem diese Linksextremisten wie die Fische im Wasser schwimmen konnten.“

Ich klage an:

- Die Linksfraktion, die sich als parlamentarischer Arm der Autonomen und Linksextremisten verhält.

- Die grünen Schönwetterensatoren, die sich mit Gender und dem Schierlingswasserfenchel verwirklichen, aber versagen, wenn es ungemütlich wird und darauf ankommt.

- Den grünen Justizsenator Till Steffen, der das Sicherheitskonzept des G20-Gipfels torpedierte und sich gegen eine Demonstrationsverbotszone in der Innenstadt aussprach.

- Die grünen Senatoren Fegebank (Zweite Bürgermeisterin), Steffen (Justiz) und Kerstan (Umwelt und Energie), die darauf hinwirkten, dass das zunächst verbotene Protestcamp, von dem auch Gewalttaten ausgingen, an zentraler Stelle in Altona errichtet wurde.

- Diejenigen, die, wie Manuela Schwesig (SPD) als zuständige Bundesfamilienministerin, den Linksextremismus als „aufgebautes Phänomen“ bezeichnen.

- Diejenigen, die hier in der Hamburgischen Bürgerschaft die Wiedereinführung der Demokratieklauselel verhindernen.

- Diejenigen, die den AfD-Antrag „Kampf gegen Linksextremismus ebenso führen, wie den Kampf gegen Rechtsextremismus“ ablehnten.

- Diejenigen, die die Rote Flora seit Jahrzehnten gewähren ließen und damit einen rechtsfreien Raum zuließen, der sich zu einer Brutstätte des linken Terrorismus entwickelte.

- Diejenigen in Politik und Verwaltung, die die linke Gewalt seit Jahren entschuldigen und verharmlosen - das sei ja nur „Gewalt gegen Sachen“.

- Diejenigen, die seit Jahren die Polizei vernachlässigen, so dass Polizisten über eine Million Überstunden vor sich herschieben.

- Diejenigen, die die Vergabe von Steuergeldern an Organisationen und linke Projekte verantworten, hinter denen sich leider allzu oft auch Linksextreme verbergen, z.B. Attac oder die Amadeo Antonio Stiftung.

- Diejenigen, die seit Jahren von einem ach so weltoffenen, liberalen und toleranten Hamburg sprechen, aber dabei die Sorgen und Nöte der Bürger ignorieren, die unter Einbruchskriminalität leiden und in manchen Vierteln zu Minderheiten im eigenen Land geworden sind.“

⇒ [www.facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/](https://www.facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/) oder [www.youtube.com/afdhamburg](https://www.youtube.com/afdhamburg)



Der Tatort: Edeka-Markt in Barmbek

ISLAMISMUS

## Terror in Barmbek

**Der Anschlag von Barmbek macht deutlich, dass sich niemand von uns mehr sicher fühlen kann. Jeder, der zur falschen Zeit am falschen Ort unterwegs ist, kann unvermittelt Opfer islamischer Fanatiker werden.**

In Hamburg gibt es nach Auffassung des Verfassungsschutzes 1400 Islamisten, von denen rund 390 die Gruppe der Dschihadisten bilden. Sie setzen auf eine gewaltsame Einführung des Islam. Zu schwersten Gewalttaten sollen davon ca. zehn Personen bereit sein.

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Senator a.D. Dirk Nockemann, forderte oft und nachdrücklich, endlich die Rechtsgrundlagen dafür zu schaffen, dass diese tickenden Zeitbomben in Gewahrsam genommen werden können.

In der Sondersitzung des Innenausschusses warf Nockemann den politisch Verantwortlichen erhebliche Versäumnisse vor. Kein Bürger verstehe es noch, dass der Barmbeker Attentäter über acht Jahre quer durch Europa reisen, überall Asyl beantragen und am Ende von Deutschland wegen eines Fristversäumnisses nicht an den Staat überstellt werden konnte, aus dem er nach Deutschland einreiste. Diese Fristversäumnisse seien Folge des Asylchaos in Europa.

Ferner warf Nockemann SPD-Innensenator Grote vor, nichts aus den vergangenen Terroranschlägen gelernt zu haben. Notwendige Änderungen der Kontrollvorgaben im Landeskriminalamt würden erst vorgenommen, nachdem es zu einer schrecklichen

Tat gekommen sei. Schlimm sei, dass kein Politiker die Verantwortung für die Versäumnisse übernommen habe, so Nockemann.

## Rot-Grün zockt Bürger ab

**SPD und Grüne werden ab 2018 eine neue Straßenreinigungsgebühr einführen. Alle Hauseigentümer müssen zahlen, die Gebühr kann auf die Mieter umgelegt werden. Dadurch wird das Wohnen teurer.**

Die Zeche zahlen also die privaten und gewerblichen Grundstückseigentümer und

über die Nebenkostenabrechnungen dann die Mieter. „Diese Belastungen treffen diejenigen besonders stark, die jetzt schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen“, stellt die umwelt- und haushaltspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Andrea Oelschläger, fest.

Angesichts Rekordsteuereinnahmen hält die AfD-Fraktion die Straßenreinigungsge-

bühr für reine Abzocke. Rot-Grün erklärte bezahlbaren Wohnraum als ein wichtiges Ziel. Im gleichen Atemzug machen sie das Wohnen aber teurer. Oelschläger: „Die Gebühr gehört in die Tonne. Trotz Rekorderlösen werden Kernaufgaben des Staates durch einen zusätzlichen Griff in die Taschen der Bürger finanziert.“



## Das Hamburger Matheproblem und der ratlose Schulsenator

**Alexander Wolf: „Weniger Theater und mehr Mathe!“**

**Täglich grüßt das Murmeltier. Wann immer eine wissenschaftliche Studie den Hamburger Schülern ein Mathematikproblem bescheinigt, verfällt SPD-Schulsenator Ties Rabe in den Beschwichtigungsmodus. Die Probleme seien bekannt. Sie würden sehr ernst genommen. Maßnahmen seien bereits auf den Weg gebracht. Knackpunkt: Bei den Schülern hat sich in all den Jahren von Rot-Grün nichts wirklich verbessert.**

Den traurigen Höhepunkt dieses Politikversagens bildete eine Mathe-Probe-klausur, die so verheerend schlecht ausfiel (42 Prozent der Hamburger Abiturienten kassierten eine Fünf), dass der Schulsenator alle Zensuren eigenmächtig um eine ganze Note heraufsetzte.

Die AfD-Fraktion brachte in zweieinhalb Jahren mehrere Anträge ein, um den Mathematikunterricht zu stärken, damit die Leistungen der Schüler sich verbessern können. Sie kritisierte auch die Inklusion mit der Brechstange und den zu hohen Ausländeranteil in vielen Klassen.

Der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Alexander Wolf, stellt dazu heraus: „Unser Antrag hatte die Zielrichtung, die Stundenzahl im Fach Mathematik in der Grundschule und der Sekundarstufe I zu erhöhen. Dafür sollte im Gegenzug der verbindliche Theaterunterricht - nur Hamburg leistet sich als einziges Bundesland diesen Luxus - an den Grundschulen gestrichen und ab der Sekundarstufe I auf freiwilliger Basis als sogenanntes Wahlpflichtfach angeboten werden.“

Ergebnis: Alle anderen Fraktionen (SPD, GRÜNE, CDU, FDP, LINKE) lehnten den AfD-Antrag ab.

Anfang 2017 kritisierten 160 Hochschulprofessoren und Studienräte in einem Brandbrief das Hamburger Mathematikproblem und schlugen mehrere konkrete Veränderungen vor.

Die AfD-Fraktion griff das Thema auf und brachte in Anlehnung daran ein Maßnahmenpaket als Antrag in die Bürgerschaft ein. Wolf: „Das gründliche Üben und Wie-

derholen des wichtigen Mittelstufenstoffes sollte in den Lehrplänen verbindlich verankert werden. Zudem sollte der „Hamburger Weg“ der allzu textlastigen und umständlichen Aufgabenstellungen aufgegeben und die Aufgaben wieder vorrangig auf mathematische Probleme und Rechenverfahren abgestellt werden.“

**„Bildung ist die wichtigste ökonomische Ressource in Deutschland. Es wäre töricht, auf den Reichtum in den Köpfen so fahrlässig zu verzichten.“**

**DR. ALEXANDER WOLF**

Bei den diesjährigen Mathe-Abiturprüfungen kassierte nahezu jeder dritte Schüler die Note fünf oder sechs. Senator Rabe meint dazu: „Die Ergebnisse würden Mut machen.“

Der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Dr. Alexander Wolf ist da anderer Meinung als Schulsenator Rabe (SPD): „Bildung ist die wichtigste ökonomische Ressource in Deutschland. Es wäre töricht, auf den Reichtum in den Köpfen so fahrlässig zu verzichten. Nur ein guter und anschaulicher Unterricht kann die Kinder erreichen. Senator Rabe macht seine Hausaufgaben nicht. Und das geht zu Lasten unserer Kinder.“

### SO GEHT DEMOKRATIE HEUTE

**Rot-rot-grüne Panne in der Bürgerschaft: AfD-Antrag zunächst angenommen, dann doch abgelehnt**

Die Hamburgische Bürgerschaft debattierte im Juni über den AfD-Antrag „Mathematikunterricht wieder stärker an fachlichen Inhalten ausrichten!“.

CDU und FDP unterstützten grundsätzlich die Zielrichtung des Antrags, Rot-Rot-Grün lehnte erwartungsgemäß ab.

Bei der Abstimmung zur Überweisung in den Schulausschuss waren viele Vertreter von Rot-Rot-Grün nicht mehr im Plenum anwesend, weshalb der Bürgerschaftspräsident Dietrich Wersich (CDU) feststellte, dass die Überweisung des AfD-Antrags mit – wenn auch knapper – Mehrheit von AfD, CDU und FDP beschlossen wurde.

Daraufhin wurde es unruhig in den Reihen von Rot-Rot-Grün, sowohl SPD-Schulsenator Rabe als auch SPD-Fraktionschef Dressel trommelten ihre Truppen zusammen und erwirkten eine erneute Abstimmung. Der AfD-Antrag wurde in der wiederholten Abstimmung abgelehnt. So geht Demokratie in Hamburg heute.

**„Rot-Rot-Grün lässt so lange abstimmen, bis es für sie passt.“**

**DR. ALEXANDER WOLF**

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Alexander Wolf ist das ein abstoßendes Beispiel für ein fragwürdiges Demokratieverständnis: „Rot-Rot-Grün lässt so lange abstimmen, bis es für sie passt. Ganz nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht! Damit beschädigen sie die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. Es wäre ja auch ein unglaublicher Skandal, wenn ein AfD-Antrag im Fachausschuss diskutiert würde. Rot-Rot-Grün kommt es nicht auf den Inhalt eines Antrags an, sondern auf den Absender.“

# Mainstream-Medien und AfD-Fraktion: Schwieriges Verhältnis

Kommt die AfD-Fraktion in den etablierten Medien zu wenig vor?

Die Medien stellen faktisch die vierte Gewalt im Staate dar. In den letzten 30 Monaten musste auch die AfD-Fraktion dies feststellen. Ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden und medienpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion Prof. Dr. Jörn Kruse.

*Herr Prof. Kruse, viele Bürger beklagen, dass die AfD-Fraktion in den Medien zu wenig oder gar nicht vorkommt. Sehen Sie das auch so und woran liegt das?*

Kruse: Das Verhältnis ist nicht ganz einfach. Viele Journalisten und vor allem deren Chefs in den Redaktionen entstammen einem links-grünen Milieu. Die AfD stellt für sie eine Opposition aus der - aus ihrer Sicht - „falschen Richtung“ dar. Dies ist für uns als neue bürgerlich-konservative Kraft eine schwierige Situation. Anfangs wurde oft überhaupt nicht über uns berichtet. Dann schrieben die Journalisten hauptsächlich nur negativ über uns. Leider üben sich besonders die Boulevardblätter in der „Lückenpresse“, indem sie oft alle anderen Fraktionen zu Wort kommen lassen, außer uns. Derzeit ist es so, dass sich einige Medien und Journalisten Mühe geben, über die AfD-Fraktion zu informieren und unsere Arbeit einzubeziehen. Es lässt sich auch teilweise ein Wandel feststellen; zum Beispiel in Hintergrundgesprächen mit Journalisten bekunden diese immer mehr Sympathien für AfD-Positionen, gerade in Hamburg.

*Wie sehen Sie die Macht der Medien am Anfang der Migrationskrise?*

Kruse: Ein großer Teil der Mainstream-Medien hat die deutsche Hochmoral vor die Fakten gestellt. Die Berichterstattung ging oft an der Realität vorbei, beispielsweise zeigten TV-Bilder oft Frauen mit Kindern, während die Migranten tatsächlich zu über 70 Prozent junge Männer waren. Den meisten Journalisten ging es vielmehr um politisch korrekte Volkspädagogik.



Und sie haben Stimmung in der Bevölkerung erzeugt. Erschreckend war der aggressive Überlegenheitsanspruch der Fürsprecher dieser unregulierten Masseneinwanderung. Denn die meisten waren keine echten Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung flohen, sondern Wirtschaftsmigranten. Die journalistische Neutralität wurde selten eingehalten und nur der „hohe Ton“ der politisch Mächtigen – Regierung und Opposition – unkritisch abgedruckt. Das belegt auch eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Sie kommt zu dem Fazit, dass die Medien viel zu freundlich über die Bundesregierung und die „Willkommenskultur“ berichteten. Dadurch büßten viele von ihnen massiv an Glaubwürdigkeit ein. Nur selten wurde deutlich, dass Kanzlerin Merkel in der Migrationskrise einen Alleingang absolvierte, den in Europa kaum jemand versteht. Warum wohl?

„Die journalistische Neutralität wurde selten eingehalten und nur der „hohe Ton“ der politisch Mächtigen unkritisch abgedruckt.“

JÖRN KRUSE

*Welchen Stellenwert haben die sozialen Netzwerke und eigene Medien?*

Kruse: Da wir von den etablierten Medien stiefmütterlich behandelt wurden und immer noch werden, mussten wir eine Gegenöffentlichkeit herstellen. Das haben wir über die sozialen Netzwerke gut erreicht. Über Facebook und Twitter erreichen wir regelmäßig mehrere hunderttausend Menschen. UNS HAMBURG ist auch ein Teil der Strategie, eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen, damit wir wahrgenommen werden. Die Bürger erhalten somit unsere Standpunkte ungefiltert.

Dann bleibt es ihnen selbst überlassen, wie sie Fakten bewerten und einordnen.

## ISLAMISMUS IN HAMBURG

### Mekka für Islamisten

In der Geschichte des globalen Dschihad nimmt Hamburg einen besonderen Platz ein. Wie man weiß, lebten die Terrorpiloten des 11. September 2001 vor ihrer Tat jahrelang als Studenten in der Hansestadt.

Da der Verfassungsschutz die von den Terroristen besuchte Taiba-Moschee in St. Georg bis zuletzt nicht als radikal registriert hatte, ergriff man keinerlei Maßnahmen, um die dortigen Umtriebe zu unterbinden. Daran änderte sich selbst durch die Entlarvung der Hamburger Terrorzelle nichts. Erst neun Jahre später hielt der Senat es für nötig, die Moschee zu schließen. Damit kam er nicht nur zu spät, sondern machte bloß noch offiziell, was die meisten Hamburger längst wussten – das „Gotteshaus“ war ein Radikalisierungszentrum für Dschihadisten aus ganz Deutschland.

Dass der Senat seither nichts aus seinen Fehlern im Umgang mit radikalen Muslimen gelernt hat, zeigt ein Blick auf die Gegenwart. So sieht sich Hamburg heute mehr denn je von einer wachsenden Islamistszene bedroht. Zählte der Verfassungsschutz 2011 nur 200 Salafisten, stieg deren Anzahl bis August 2017 auf 780 Personen. Zu ihnen gehören auch 390 Dschihadisten, die aufgrund ihrer extremen Gewaltbereitschaft als akutes Sicherheitsrisiko gelten.

Aber auch im Umgang mit als radikal bekannten Moscheen wird noch immer nicht konsequent durchgegriffen. Als der Vorsitzende einer Wilhelmsburger DITIB-Moschee im Februar 2017 erklärte, man sei nur an den Koran, nicht aber an das Grundgesetz gebunden und Nichtmuslimen gar die Menschenwürde absprach, hatte dies keine nennenswerten Konsequenzen.

Dies gilt auch für Dr. Reza Ramezani, das Oberhaupt der Blauen Moschee. Als Führer seiner Gemeinde feiert der iranische Theologe jedes Jahr in Berlin den Al-Quds-Tag, wo er im Kreise seiner Anhänger gegen die israelische „Besatzung“ Palästinas demonstriert. Dass Ramezani zudem bereits öffentlich erklärte, der Islam sei mit Demokratie unvereinbar, registrierte offenbar niemand. Die intensiven Bemühungen des Senats, solche Verfehlungen tunlichst unter den Tisch fallen zu lassen, sind indes klar erkennbar und dürften damit zu tun haben, dass diese im Widerspruch zu den Wertegrundlagen des Staatsvertrages mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften stehen – ein politischer Fehler, den der Senat noch immer nicht korrigieren will, obwohl ihm seine Vertragspartner dazu immer wieder Anlass geben.



### Dr. Bernd Baumann (59) *Volkswirt und Kaufmann*

#### FRAKTIONSVORSITZENDER

**SCHWERPUNKTE:** Einwanderungspolitik, Arbeit und Soziales, Wirtschaft  
**HEIMATSTADTTEIL:** Othmarschen  
**POLITISCHES MOTTO:** Unser Land braucht uns dringender als je zuvor.  
**LIEBLINGSRESTAURANT:** Vorzügliche Küche meiner Frau (selten Zeit, essen zu gehen)  
**LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Rathaus mit Bürgerschaft  
**KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
 ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [bernd.baumann@afd-hamburg.de](mailto:bernd.baumann@afd-hamburg.de)



### Prof. Dr. Jörn Kruse (68) *Prof. der Wirtschaftswissenschaften (em.)*

#### FRAKTIONSVORSITZENDER

**SCHWERPUNKTE:** Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Verfassung, Islam  
**HEIMATSTADTTEIL:** Eppendorf  
**POLITISCHES MOTTO:** Selbst denken! Nicht glauben, sondern analysieren!  
 Auch gegen die Meute entscheiden!  
**LIEBLINGSRESTAURANT:** „Hellas-Stuben“, „Poletto Winebar“, „Brasserie im Elysee“  
**LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Eppendorfer Landstraße  
**KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
 ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [joern.kruse@afd-hamburg.de](mailto:joern.kruse@afd-hamburg.de)



### Dirk Nockemann (59) *Senator a.D.*

#### STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

**SCHWERPUNKTE:** Sicherheit, Justiz  
**HEIMATSTADTTEIL:** Bergedorf  
**POLITISCHES MOTTO:** Mehr Vernunft in der Politik!  
**LIEBLINGSRESTAURANT:** Meine Küche  
**LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Mein Platz in der Bürgerschaft  
**KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
 ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [dirk.nockemann@afd-hamburg.de](mailto:dirk.nockemann@afd-hamburg.de)



### Dr. Alexander Wolf (50) *Rechtsanwalt für Wirtschaftsrecht*

#### PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

**SCHWERPUNKTE:** Bildung/Schule, Einwanderungspolitik, Europa und Außenpolitik  
**HEIMATSTADTTEIL:** Harvestehude  
**POLITISCHES MOTTO:** Gesunder Menschenverstand statt Ideologie.  
**LIEBLINGSRESTAURANT:** „Gosch“ in Scharbeutz  
**LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Im Segelboot auf der Alster  
**KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
 ☎ 040 4 28 31 - 25 18 ✉ [alexander.wolf@afd-hamburg.de](mailto:alexander.wolf@afd-hamburg.de)



## Detlef Ehlebracht (54) *Fachinformatiker*

### VIZEPRÄSIDENT DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT

- SCHWERPUNKTE:** Verkehr und Stadtentwicklung
- HEIMATSTADTTEIL:** Finkenwerder
- POLITISCHES MOTTO:** Geht nicht, gibt's nicht. Es ist oft nur eine Frage des Willens.
- LIEBLINGSRESTAURANT:** „Storchennest“ in Finkenwerder, „Seabreeze“ in Buxtehude, „Das Dorf“ in Hamburg
- LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Bei mir im Garten (oder auf dem Vorland in Finkenwerder)
- KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
☎ 040 42831 2353 ✉ [detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de](mailto:detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de)



## Dr. Dr. Joachim Körner (70) *Mediziner und Mathematiker*

### MITGLIED DER FRAKTION

- SCHWERPUNKTE:** Eingabenausschuss, Härtefallkommission, Enquete-Kommission Gesundheit, Familie, Kinder
- HEIMATSTADTTEIL:** Wandsbek
- POLITISCHES MOTTO:** Die zahlreichen Vertragsbrüche im Rahmen der Europolitik, die Einwanderungspolitik, der Abbau der Rechtsstaatlichkeit sowie die Diffamierung der Andersdenkenden sind unverzeihlich.
- LIEBLINGSRESTAURANT:** „Block House“
- LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Im Boot auf den Alsterkanälen
- KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
☎ 0176 52132262 ✉ [joachim.koerner@afd-hamburg.de](mailto:joachim.koerner@afd-hamburg.de)



## Andrea Oelschläger (52) *Steuerberaterin*

### MITGLIED DER FRAKTION

- SCHWERPUNKTE:** Haushalt, Umwelt und Energie, Protokollführerin im Ausschuss öffentliche Unternehmen, Steuern und Finanzen, religionspolitische Sprecherin, tierschutzpolitische Sprecherin, Mitglied im Energienetzbeirat (Vertreter).
- HEIMATSTADTTEIL:** Wandsbek (Farmen-Berne)
- POLITISCHES MOTTO:** Das Geld des Steuerzahlers darf nie verschwendet werden.
- LIEBLINGSRESTAURANT:** Meine eigene Küche, weil ich dort von aramäisch bis zypriotisch alles kochen kann, was mir schmeckt.
- LIEBLINGSPLATZ IN HH:** Hamburg ist von Altona bis Wandsbek spannend. Besuchern zeige ich gern den Ohlsdorfer Friedhof, denn mit 389 Hektar ist er der größte Parkfriedhof der Welt.
- KONTAKT:** 🏠 Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
☎ 0152 03255970 ✉ [andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de](mailto:andrea.oelschlaeger@afd-hamburg.de)



# Zahlen statt Worte



1.100

LINKSEXTREMISTEN gibt es in Hamburg,  
davon gelten

650

als GEWALTBEREIT.



709

POLIZISTEN  
wurden während des G20-Gipfels  
verletzt. Insgesamt waren

23.200

Beamte eingesetzt.



64

Prozent aller GEFÄNGNISINSASSEN  
in Hamburg sind AUSLÄNDER. Der  
Migrationshintergrund der restlichen  
Gefangenen wird statistisch nicht erfasst.



37

Prozent vom EINKOMMEN geben die  
Hamburger durchschnittlich für MIETE  
aus.



Fast

17.500

FAHRRADDIEBSTÄHLE  
wurden 2016  
angezeigt.



173

Personen befanden sich 2016 im  
KIRCHENASYL. Damit steht das  
vergleichbar kleine Bundesland Hamburg  
bundesweit an Platz 2 hinter Bayern mit  
276 Personen.



771.573

AUTOS sind in Hamburg zugelassen.



46

JUNGSTÖRCHEN wurden von

22

BRUTPAAREN aufgezogen



50,4

PROZENT der Hamburger Kinder  
haben mindestens ein Elternteil, das  
nicht aus Deutschland stammt.

# Vergoldete Steuerverschwendung

Senat zahlt für Kunstaktion 85.000 Euro

Mitten im sozialen Brennpunkt steht ein Haus mit einer goldenen Wand. Dafür musste der Steuerzahler 85.000 Euro berappen. Warum? Weil es Kunst ist und die Kunstkommission der Kulturbehörde das so beschlossen hat.

Brisant daran ist, dass der beauftragte Künstler Boran Burchardt selbst Mitglied der Kunstkommission ist.

Zu bestaunen ist die 300 m<sup>2</sup> große Hauswand mit „23,5 Karat Doppelrollen-Gold“ in der Veddel an der Brückenstraße.

„Für 85.000 Euro Steuergelder eine Hauswand zu vergolden – und dies in einem der ärmsten Viertel der Hansestadt – ist ein Skandal.“

JÖRN KRUSE

Für den kulturpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, Prof. Dr. Jörn Kruse, ist das ein Umding: „Für 85.000 Euro Steuergelder eine Hauswand zu vergolden – und dies in einem der ärmsten Viertel der Hansestadt – ist ein Skandal. Wenn der Künstler sich selbst



Goldene Hausfassade im Veddel: Alles Gold, was glänzt?

quasi damit beauftragt, ist dies an Unverfrorenheit nicht mehr zu überbieten. Wenn wir etwas nicht brauchen, dann sind das vergoldete Häuser als Selbstverwirklichungsprojekte für Künstler. Die AfD als Partei der Steuerzahler meint: Das Geld sollte besser in andere, sinnvolle Projekte gesteckt oder eingespart werden.“

## Dekadenter Wasserfenchel – Öko-Ideologie oder Arbeitsplätze?

Kruse: „Interessen der Bürger müssen im Mittelpunkt stehen!“

**Hitzige Bürgerschaftsdiskussion zum Elbvertiefungsurteil. Bürgermeister Scholz sah schon anrückende Bagger, aber es gibt da ein kleines Problem: Den Schierlings-Wasserfenchel.**

Die Wasserpflanze kommt an wenigen Bereichen der Elbe vor, aber ist der Grund dafür, dass die Elbvertiefung nach jahrelangem Zwist mit den grünen Öko-Lobbyisten gar nicht – oder erst sehr spät – erfolgen kann. Kommt die Vertiefung nicht, sind tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Wenige Öko-Ideologen gefährden die Zukunftsfähigkeit Hamburgs.

Die Dekadenz macht sich breit. Unsere Gesellschaft vergisst, worauf Wohlstand, Arbeitsplätze und Innovation beruhen.

Die spätgrüne Dekadenz ufert aus. Die Grünen leiten mit ihrer Ideologie den wirtschaftlichen Niedergang ein.

Verantwortlich ist eine bürgerferne Politik der Altparteien in Berlin und eine lebensferne Politik der Europäischen Union in Brüssel.

Prof. Kruse stellt klar: „Die Interessen der Bürger müssen im Mittelpunkt stehen. Der Staat ist für den Bürger da. Die Zahl der Einspruchsmöglichkeiten und die Länge der Gerichtsverfahren müssen deutlich reduziert werden, ansonsten kommt unsere Infrastruktur unter die Räder. Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist ein entscheidender Standortfaktor Hamburgs und auch ein Teil der Lebensqualität aller Hamburger.“

LANDGERICHT HAMBURG URTEILT:

## AfD-Politiker dürfen beleidigt werden

Das Landgericht Hamburg lehnt die einstweilige Verfügung gegen den NDR wegen der Sendung „extra 3“ ab. In der Sendung bezeichnete der Moderator die AfD-Spitzenkandidatin Dr. Alice Weidel als „Nazi-Schlampe“.

Das Gericht betrachtet es als Satire, die im konkreten Kontext der Äußerung von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. Als Spitzenkandidatin der AfD müsse sie überspitzte Kritik hinnehmen.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernd Baumann kann angesichts des Urteils nur mit dem Kopf schütteln: „Es ist skandalös, was man sich als AfD-Politiker im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – der aus den Zwangsgebühren der Bürger finanziert wird – ansehen und anhören muss. Die Beleidigung durch den NDR-Moderator ist eindeutig eine Grenzüberschreitung. Dadurch öffnet man einer politischen Hexenjagd auf AfD-Politiker Tür und Tor. Aber wie heißt es doch: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Bei der AfD gilt dieses Prinzip noch viel mehr.“

MITMACHEN UND GEWINNEN • DAS HAMBURG-QUIZ

# Abendessen zu gewinnen!

## Wie gut kennen Sie Ihre Heimatstadt?

Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz! Zu gewinnen gibt es:

Drei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Erleben sie Hamburger Politik aus erster Hand, und gewinnen Sie einen Einblick hinter die Kulissen des Hamburger Politikbetriebs.

Die richtigen Lösungen können Sie bequem auf unserer Website eingeben:

<https://uns-hamburg.de/Quiz>

oder per Mail schicken an:

[presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

**AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft**  
**Stichwort: Hamburg-Quiz**  
 Schmiedestraße 2  
 20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31.10.2017.

Es entscheidet das Los.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück.

### 1 Wann wurde der Hamburger SV letztmalig Deutscher Meister?

1928 | 1983 | 1987

### 2 Wie viele Abgeordnete hat die Hamburgische Bürgerschaft?

121 | 68 | 156

### 3 Wann wurde zum ersten Mal der Jungfernstieg asphaltiert?

1937 | 1838 | 1912


## Grußwort an Hamburger mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion:

### Уважаемые Гамбургцы, родившиеся в бывшем СССР:

Будучи людьми, история которых прежде всего связана с жёсткими политическими переворотами, Вы не только являетесь уроженцами двух разных миров, но при этом и очень точно замечаете, когда политика и общество подвергаются фундаментальным изменениям. Гамбургская Фракция AfD убеждена в том, что дела и нужды немцев из России по сей день не получают должного внимания в политическом дискурсе. Поэтому нам хотелось бы наладить с Вами общение и узнать о Вашем опыте. Отныне Вы можете звонить нам по горячей линии 040 / 428 31 25 18.

**Prof. Dr. Jörn Kruse**

## IHR KONTAKT ZUR AFD-FRAKTION IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT:

 AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft  
 Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

 040 428 31 - 25 18 (Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

 [info@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:info@afd-fraktion.hamburg.de)

 [afd-fraktion-hamburg.de](http://afd-fraktion-hamburg.de)

 [islamspiegel-hamburg.de](http://islamspiegel-hamburg.de)

 [facebook.com/afd.fraktion.hamburg](https://facebook.com/afd.fraktion.hamburg)

 [twitter.com/AfD\\_Fraktion\\_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)

 [instagram.com/afd.fraktion.hamburg/](https://instagram.com/afd.fraktion.hamburg/)

Informationen über die Arbeit der AfD-Fraktion aus erster Hand? Bestellen Sie hier unseren Newsletter: [www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter](http://www.afd-fraktion-hamburg.de/newsletter)

## IMPRESSUM

**UNS HAMBURG**

**HERAUSGEBER** AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft,  
 Schmiedestraße 2,  
 20095 Hamburg

**VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS:** Prof. Dr. Jörn Kruse

**TELEFON** 040/42831-2476

**E-MAIL** [presse@afd-fraktion.hamburg.de](mailto:presse@afd-fraktion.hamburg.de)

Diese Publikation informiert über die Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.

Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.